

Liebe Kolleg\*innen!

Die Pandemie wirkt wie ein Brennglas, das die Missstände in den bundesdeutschen Krankenhäusern in aller Deutlichkeit zeigt. Dieser Satz ist seit eineinhalb Jahren zu hören und er wird auch weiter zu hören sein, denn geändert hat sich schlichtweg nichts. Arbeiten im Krankenhaus bedeutet Rennen, Schuften bis zum Umfallen, fünf Dinge gleichzeitig erledigen zu müssen und dabei Verantwortung für Leib und Leben zu tragen. Es bedeutet schlechte Bezahlung und für immer mehr Kolleg\*innen prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Das ist schon lange vor der Pandemie bekannt gewesen, die Pandemie hat diese Zustände noch einmal verschärft. Als sich Covid-19 im März 2020 wie ein Lauffeuer ausbreitete standen wir Beschäftigte in den Krankenhäusern mit viel zu wenig Schutzausrüstung wie Kitteln und v.a. FFP2 und 3, sowie herkömmliche Mundnasenschutz Masken an vorderster Stelle. Etliche Kolleg\*innen haben sich infiziert und zu viele tragen Langzeitfolgen mit sich. Außer warmen Worten hat man uns nicht viel gegeben. Die Krankenhäuser bekamen staatliche Hilfen, etwa für frei gehaltene Betten 550, später 500 Euro pro freies Bett täglich und eine einmalige Pauschale von 50.000 Euro pro Beatmungsplatz. Manche Häuser haben sich damit über Wasser gehalten, v.a. kleine kommunale Krankenhäuser, die schon vorher defizitär liefen. 2020 haben knapp die Hälfte der Krankenhäuser rote Zahlen geschrieben. Andere und hier allen voran Klinikkonzerne wie Helios haben von der Pandemie profitiert und ihre Gewinne erhöht.

Die Pandemie war auch kein Anlass das auf Profit und Konkurrenz basierende System der Fallpauschalen wenigstens vorübergehend auszusetzen. Dieses System schafft Anreize Kosten möglichst gering zu halten und Patient\*innen in kurzer Zeit zu behandeln und zu entlassen. Die höchsten Kosten in jedem Unternehmen sind die Arbeiter\*innen und so ging über die letzten 15 Jahre eine massive Arbeitsverdichtung durch mehr Patient\*innen in kürzerer Verweildauer mit einem Abbau an Personal einher. Gleichzeitig wurde eine erhebliche Anzahl an Krankenhäusern privatisiert und an gewinnorientierte Konzerne übergeben, die wiederum noch mehr Personal abbauen und noch mehr an Allem einsparen, um ein Maximum an Gewinn zu erzielen. Diesen Gewinn streichen sie dann selbst ein, reinvestieren einen Teil und schütten den Rest als Dividenden aus. Der Fresenius-Konzern, zu dem die Helios Kliniken GmbH gehört, hat 2020 ihre Dividenden zum 27. Mal in Folge erhöht und sich gleichzeitig einen Sparkurs für 2021 auferlegt, der ohne Skrupel und Rücksicht durchgezogen wird. Das heißt weiterer Stellenabbau, Outsourcing und Zentralisierung. In dieser Logik aus Profitmaximierung spielen humane Gesichtspunkte eine untergeordnete Rolle.

Deutschland ist europäischer Spitzenreiter, Spitzenreiter in der Anzahl der pro Pflegekraft zu versorgenden Patient\*innen. In einem wirtschaftlich so reichen Land ist das ein gesellschaftliches Armutszeugnis. 13 Patient\*innen durchschnittlich muss eine Pflegekraft versorgen. Am Helios Amper Klinikum Dachau sind es über 20, manchmal über 30. Das kann man nicht genau erfassen, da es eine fixe Besetzung de facto seit Jahren nicht mehr gibt. Eine Station mit knapp über 50 Betten wird mal mit drei, mal zwei und mal mit nur einer Pflegekraft versorgt. Mit dabei in der Schicht sind dann ein bis zwei Pflegehilfskräfte und mit Glück ein Azubi.

Und hier war noch nicht die Rede von der eineinhalb jährigen Belastung auf der Covid Station und der Intensiv. Das ist auch völlig egal, denn man hat zwischen den Wellen der Infektionsrate operiert und Eingriffe durchgeführt bzw. nachgeholt bis das Krankenhaus aus allen Nähten platzte bzw. platzt, denn der Zustand hält ja weiterhin an. Unsere Kolleg\*innen sind weit über das erträgliche Maß überlastet und die Klinikführung sieht beim fortschreitenden Ausbrennen zu und zählt ihre Einnahmen durch stationäre Fälle. Es gibt an unserer Klinik sechs Tochtergesellschaften, in die alle möglichen Berufsgruppen ausgegliedert wurden. Dort gibt es keine Tarifverträge und keine betriebliche Mitbestimmung, dafür Lohndumping und prekäre Beschäftigung. Und als wenn das alles nicht genug wäre, wird seit eineinhalb Jahren mit dem Wechsel an der Geschäftsführung gegen

aktive und widerspenstige Kolleg\*innen mit Druck, Einschüchterung und Union Busting vorgegangen. Im Vorfeld einer Aktion in Dachau zur Bundesgesundheitsminister-Konferenz Mitte Juni wurden Kolleg\*innen gezielt angegangen und bedroht, andere geradezu verhört und Flugblätter aus persönlichen Fächern entwendet. Die Konsequenz ist, dass viele dies nicht mehr mittragen wollen und kündigen. Ersetzt werden diese Stellen wenn überhaupt durch Hilfskräfte. Es wird bewusst ein Klima des Misstrauens geschaffen. Statt die Leute mit kleinen belanglosen Aufmerksamkeiten bei der Stange zu halten, bekommt man permanent vermittelt nichts wert zu sein. Aber wozu sollte man sich denn auch bemühen, wenn unter dem Strich der Gewinn stimmt?

Das war ein kurzer Abriss der Zustände im größten Klinikkonzern Europas.

Geht es nach manchen Lobby-Verbänden, wie der Bertelsmann Stiftung, soll sich der Einfluss der Klinikkonzerne noch erweitern. Denn die Bertelsmann Stiftung empfiehlt fast die Hälfte der bundesdeutschen Krankenhäuser zu schließen. Es sei nicht zeitgemäß, zu kostspielig und auch qualitativ seien kleine kommunale Krankenhäuser einfach nicht mehr tragbar. Außerdem gibt es ja eh zu wenig Pflegepersonal. Was dahinter steckt ist aber auch, dass man das Potenzial der so genannten „Gesundheitsökonomie“ erkannt hat. Diese ist im Gegensatz zur tonangebenden Autoindustrie nicht Konjunktur abhängig. Der Umsatz der Krankenhaus-Wirtschaft lag 2018 mit 100 Milliarden Euro zwar über die Hälfte niedriger, ist dafür aber konstant bis steigend. Hinzu kommt, dass die Lohnkosten im Krankenhaus weit niedriger liegen als die der Stammebelegschaften der Autoindustrie. Dazu favorisiert die Bertelsmann Stiftung ein Netz von wenigen privaten Klinik-Ketten, sprich Konzernen, denn nur diese würden ja auch unter rein unternehmerischen Gesichtspunkten handeln.

Allerdings möchte die flächendeckende Schließung von Krankenhäusern auf politischer Ebene noch niemand anfassen. Da kommt die Pandemie ins Spiel. Die durch die Pandemie zusätzlichen Verluste vieler kleiner kommunaler Krankenhäuser könnten diese langsam ausbluten lassen, um am Ende geschlossen oder privatisiert zu werden. Übrig blieben die großen Unikliniken und die Klinikkonzerne. Dieses Szenario gilt es zu verhindern.

Trotz Pandemie: Im zurückliegenden Wahlkampf war das Gesundheitswesen kein Thema. Aus der gesellschaftlichen Debatte sind die Missstände in den Krankenhäusern verschwunden. Die Gewerkschaft verdi steht da und schaut zu. Wir alle, die im Krankenhaus arbeiten müssen uns unsere eigenen Strukturen schaffen und unsere Interessen selbst vertreten und durchsetzen, uns organisieren, vernetzen und gegenseitig solidarisch unterstützen. In Nord, Süd, Ost und West.

Gesundheit muss allen Menschen zu Gute kommen.

Krankenhäuser müssen entprivatisiert werden, Krankenhäuser gehören nicht in die Hand von Konzernen

Ausgegliederte Bereiche müssen wieder eingegliedert werden, um Lohndumping zu beenden

Die Fallpauschalen müssen durch ein Selbstkostenprinzip ersetzt werden

Und v.a. muss eine personelle Mindestbesetzung her

Profite pflegen keine Menschen!